



Fokus: Parlamente und Armutsminderung

„Des Menschen Sinn für Gerechtigkeit macht Demokratie möglich, seine Neigung zur Ungerechtigkeit macht Demokratie notwendig.“

Reinhold Niebuhr, Die Kinder des Lichts und die Kinder der Finsternis, 1947

“(N)o substantial famine has ever occurred in any independent country with a democratic form of government and relatively free press. (...) Famines kill millions of people in different countries in the world, but they don’t kill the rulers. The kings and presidents, the bureaucrats and the bosses, the military leaders and the commanders never are famine victims. And if there are no elections, no opposition parties, no scope for uncensored public criticism, then those in authority don’t have to suffer political consequences of their failure to prevent famines. Democracy, on the other hand, would spread the penalty of famines to the ruling groups and political leaders as well.”

Amartya Sen, Development as Freedom, 1999, S. 152, 180

Einleitung

Diese Zitate spiegeln nicht nur die generelle Bedeutung von demokratischen Strukturen für gerechte Gesellschaftsformen wieder, sondern weisen auch deutlich auf deren Relevanz für Armutsminderung hin. Als erste demokratische Institutionen überhaupt, gelten Parlamente als Garanten für erfolgreiche repräsentative Demokratien. Sie sind Ausdruck des zentralen Grundgedankens von Demokratien, nämlich der Identität von Herrschern und Beherrschten oder der Herrschaft des Volkes. Unterschiedlich in ihrer Zusammensetzung und Struktur und zumeist gewählt, sind sie als legitimierte Volksvertretungen die wohl wichtigste institutionalisierte Form der Bürgermitsprache in öffentlichen Belangen. Neben der Aufgabe, das Volk zu vertreten (Vertretungsfunktion), haben sie zudem weitreichende Funktionen und Verantwortlichkeiten in der Gesetzgebung (legislative Funktion) und sind oberstes Kontrollorgan der Regierung (Kontrollfunktion).

Auch für Armutsminderung und die Entwicklung eines Landes haben Parlamente eine Schlüssel-funktion. Mangelndes Know-How, geringe technische und finanzielle Ressourcen und Kapazitäten, ein schwieriges politisches Umfeld, ungleich verteilte Kompetenzen und die Abhängigkeit von Gebern führen jedoch gerade in Entwicklungsländern vielfach dazu, dass Parlamente diese Aufgaben nicht ausreichend wahrnehmen können.

Die Rolle von Parlamenten in der Entwicklungszusammenarbeit

Die Förderung von Parlamenten als Teilaspekt von Demokratieförderung wurde daher auch in der Entwicklungszusammenarbeit (EZA) zunehmend als zentral für erfolgreiche und nachhaltige Entwicklung anerkannt und in die wichtigsten internationalen EZA-Dokumente aufgenommen. So schrieb etwa die Erklärung von Paris über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit (2005) Parlamenten eine wesentliche Rolle etwa bei der Festlegung nationaler Entwicklungsstrategien zu, der Fokus lag hier allerdings noch sehr stark auf der Unterstützung der Exekutive in

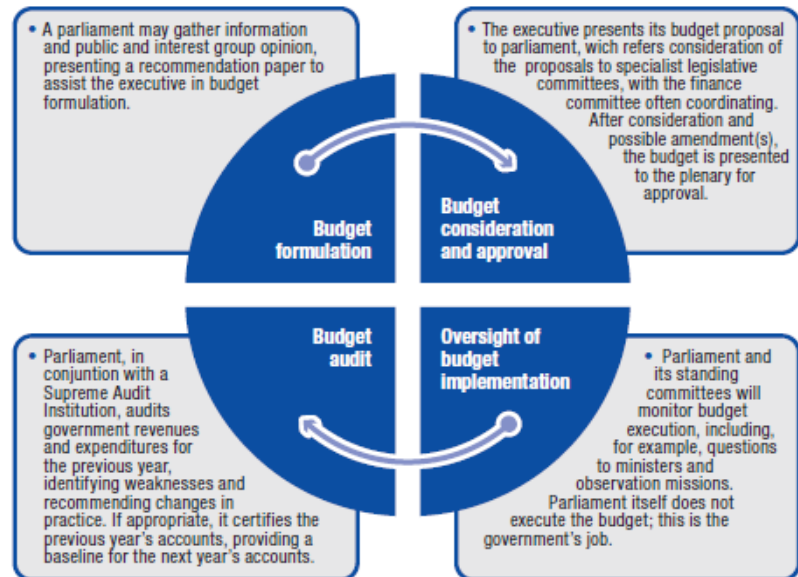
den Geber- und Partnerländern. Die Förderung von Parlamenten als wichtiger Bestandteil erfolgreicher Entwicklungszusammenarbeit wurde schließlich vor allem im Aktionsplan von Accra (AAA, 2008) hervorgehoben. Darin verpflichteten sich

- die **Regierungen der Entwicklungsländer**, die Steuerung der eigenen Entwicklungspolitik noch stärker in die Hand zu nehmen und *bei der Erarbeitung, Umsetzung und Überwachung nationaler Entwicklungspolitiken und -pläne enger mit Parlamenten und Kommunalbehörden zusammen zu arbeiten* (Paragraph 8 und 13 AAA).
- die **Geber**, einander und den eigenen **Parlamenten** und Leitungsgremien gegenüber **Rechenschaft** über die erzielten Wirkungen der eingesetzten Mittel **abzulegen** und die **Kapazitäten** aller entwicklungspolitischen Akteure – **inklusive Parlamente** – zu stärken, damit sich diese aktiv am Dialog über Entwicklungspolitik und die Rolle der EZA bei der Erreichung der ländereigenen Entwicklungszielen beteiligen können (Paragraph 10 und 13 AAA).

In der Entwicklungszusammenarbeit werden Parlamenten neben ihren grundlegenden Funktionen (Gesetzgebung, Kontrolle der Regierung, Vertretung von BürgerInnen) folgende spezifische Aufgaben zugeschrieben:

- In den Geberländern: Aufrechterhaltung des politischen Bekenntnisses zu Entwicklungszusammenarbeit, Mitwirkung an der Erstellung und Genehmigung des auch für die EZA wichtigen nationalen Budgets und Kontrolle der Abwicklung der für die EZA aufgewendeten Mittel.

- In den Entwicklungsländern: Mitwirkung an der Ausarbeitung von nationalen Entwicklungsstrategien, Genehmigung und Mitwirkung an der Erstellung des nationalen Budgets und Kontrolle der rechtmäßigen Verwendung der Gebergelder. Die Rolle von Parlamenten bei der Ausarbeitung und Kontrolle von nationalen Budgets ist hier besonders hervorzuheben (siehe Grafik 1).



Grafik 1. European Commission, *Engaging and Supporting Parliaments Worldwide*, October 2010, Seite 134.

Die Förderung von Parlamenten – von der Theorie zur Praxis

In Anerkennung ihrer wesentlichen Funktionen unterstützen bi- und multilaterale Geber heute verstärkt den Aufbau effektiver Parlamente in Entwicklungsländern. Damit Parlamentsförderung nachhaltig ist, muss entsprechender Bedarf im Land bestehen, müssen die Programme den Prioritäten und Bedürfnissen der Parlamente selbst entsprechen und diese Prioritäten und Bedürfnisse von den Betroffenen artikuliert werden. Gleichzeitig muss jedes Programm unter Berücksichtigung des politischen Umfelds – inklusive bestehender Machtstrukturen – und der nationalen Prioritäten bzw. bestehender Reformpläne konzipiert werden. Oftmals wird es notwendig sein, mit Gruppierungen zu arbeiten, die nicht unmittelbar im Parlament angesiedelt sind, aber eine Funktion für oder im Parlament haben. Das können etwa politische Parteien, zivilgesellschaftliche Organisationen, Medien, Forschungsinstitutionen oder Teile der Verwaltung (Exekutive) sein.

Wie in jeder Intervention der OEZA müssen auch bei der Förderung von Parlamenten gemäß den Leitlinien *Good Governance* und Menschenrechte sowie dem Handbuch Menschenrechte die Prinzipien Partizipation, Transparenz, Rechenschaftspflicht, Konfliktprävention, Ermächtigung (*Empowerment*) und Korruptionsbekämpfung berücksichtigt werden. Auch der Grundsatz der Nicht-Diskriminierung muss entsprechend Beachtung finden. So ist auch auf die geschlechtergerechte Verteilung der Parlamentssitze und die politische Teilhabe von Frauen Augenmerk zu legen. Ebenso sind die Grundsätze der Pariser Erklärung und des Accra Aktionsplanes einzubeziehen. Konkret können u.a. folgende Bereiche für Kooperationen identifiziert werden:

- Verfassungs-, Gesetzes- oder institutionelle Reformen,
- Aufbau von Kapazitäten innerhalb des Parlaments (für MitarbeiterInnen und ParlamentarierInnen) etwa für die Ausarbeitung von nationalen Entwicklungsstrategien oder die Erstellung und Kontrolle von Budgets (siehe Grafik 2),
- Aufbau und Stärkung von Parlamentsstrukturen und Unterstützung beim Austausch und der Vernetzung mit anderen Parlamenten sowie mit der Zivilgesellschaft,
- Poverty Mainstreaming- und Gender Mainstreaming-Initiativen,
- Arbeit mit Zivilgesellschaft, Forschungseinrichtungen und Medien,
- Stärkung politischer Parteien, Politikentwicklung.

Leitende Grundsätze

- Erfahrungen haben gezeigt, dass eine Reihe von Ländern zwar *Poverty Reduction Strategy Papers* (PRSPs) ausgearbeitet hat, armutsrelevante Ausgaben werden aber trotzdem kaum getätigt. Außerdem waren die Parlamente nicht in die Ausarbeitung PRSPs eingebunden. Dies unterläuft demokratische Strukturen und kann insgesamt zur Schwächung eines Staates führen. Aufgrund ihrer zentralen Funktion bei der Zuteilung der Ressourcen (Monitoring, *Pro-poor Budgeting*) sollten Parlamente jedenfalls in PRSP-Prozesse eingebunden werden. Rahmenbedingungen für effektive

Steigende politische Teilhabe von Frauen seit 1995

Der Anteil von Frauen in Parlamenten ist weltweit zwar nur leicht, aber kontinuierlich steigend. Insgesamt sind weltweit 19 Prozent aller Parlamentssitze von Frauen besetzt (Stand 2010). Dies entspricht einer Steigerung von insgesamt 67 Prozent gegenüber 1995, als nur 11 Prozent der Parlamentssitze Frauen innehatten. Geschlechtergleichstellung im Sinne der Millenniums-Entwicklungsziele (MDGs) ist dadurch aber dennoch bei Weitem gegeben. Dafür müssten Frauen in Parlamenten mit mindestens 30 Prozent vertreten sein. In 26 Ländern liegt der Frauenanteil in *Lower chambers* (= Nationalrat in Österreich) bei 30 Prozent und mehr, in sieben Ländern bei 40 Prozent und mehr. Immerhin 35 Frauen hielten bis Jänner 2010 den Vorsitz in insgesamt 269 Parlamenten. Das entspricht einem Anteil von 13 Prozent.

Positive Entwicklungen waren unter anderem in Sub-Sahara-Afrika zu beobachten. In Südafrika ist der Frauenanteil im Parlament mittlerweile auf 44 Prozent gestiegen, wodurch das Land im globalen Ranking hinter Ruanda und Schweden auf Rang drei liegt. Fortschritte gab es auch in vielen Ländern Lateinamerikas und der Karibik. Andererseits gibt es aber immer noch 58 Länder, in denen der Frauenanteil bei 10 Prozent oder weniger liegt; in neun Parlamenten liegt er gar bei Null.

Die Ursachen für die insgesamt leichten Steigerungen sind vielfältig: Wahlsysteme (in Verhältniswahlsystemen wurden deutlich mehr Frauen gewählt), Quotenregelungen oder andere Maßnahmen positiver Diskriminierung hatten bisher den stärksten Einfluss. Aber auch der politische Wille oder gut ausgebildete und ausreichend finanzierte Kandidatinnen bei Wahlen spielten eine nicht zu unterschätzende Rolle.

Quelle: MDG Report 2010, S. 25



Grafik 2. European Commission, *Engaging and Supporting Parliaments Worldwide*, October 2010, Seite 77.

Parlamentsarbeit zu schaffen und Kapazitätsentwicklung sind daher sehr wichtig.

- Genderfragen werden sowohl in Armutsminderungsstrategien als auch bei anderen staatlichen Maßnahmen häufig vernachlässigt. Weibliche Abgeordnete können starke Fürsprecherinnen für die Anliegen von Frauen sein und sollten daher ebenso besonders gefördert werden wie Genderanliegen ganz allgemein.
- Aufgrund von (informellen) Machtstrukturen oder soziokulturellen Faktoren können Reformen vielfach nur bedingt von außen eingeleitet und umgesetzt werden. Machtstrukturen und soziokulturelle Faktoren müssen daher ebenso berücksichtigt werden wie Traditionen.
- Gerade bei Budgethilfe – also dem direkten Transfer von finanziellen Mitteln an Partnerländer ohne spezifische Bindung an bestimmte Projekte – sind funktionierende Parlamente wichtig. Durch Budgethilfe werden Parlamente insbesondere in ihrer kontrollierenden Funktion gestärkt. Damit sie diese wahrnehmen zu können, müssen sie beim Aufbau parlamentarischer Kapazitäten unterstützt werden.

Ansätze der Österreichische Entwicklungszusammenarbeit

Die Förderung von Parlamenten spielt auch in der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (OEZA) eine wesentliche Rolle, unter anderem um zwei der Hauptziele der OEZA – Armutsminderung und Friedenssicherung – zu erreichen. Bei der Förderung von Parlamenten agiert die OEZA insbesondere auf zwei Ebenen:

1. Kapazitätsentwicklung in Entwicklungsländern

ParlamentarierInnen benötigen für ihre Aufgaben Fachwissen, einen professionellen Verwaltungsapparat, ausreichend finanzielle und personelle Ressourcen sowie gute Informationen über die entwicklungspolitische Lage ihres Landes. Die OEZA unterstützt Parlamente in Entwicklungsländern daher beim Aufbau von Strukturen und Kapazitäten, damit die Abgeordneten ihre demokratischen Kontrollfunktionen effektiv wahrnehmen können. Die Förderung von Parlamenten ist Teil eines weitreichenden Ansatzes zur Förderung von Demokratie und Rechenschaftspflicht.

2. Bewusstseinsbildung im österreichischen Nationalrat

Neben seiner bedeutsamen Rolle bei der Erstellung des auch für EZA zur Verfügung gestellten Budgets sowie bei der Kontrolle der Gebarung durch den österreichischen Rechnungshof ist der österreichische Nationalrat für die Aufrechterhaltung des politischen Bekenntnisses zur Entwicklungszusammenarbeit ebenso verantwortlich wie für Informationen zum Thema an die Öffentlichkeit. Die OEZA fördert daher Bewusstseinsbildung im Nationalrat sowie dessen Austausch und mit Parlamenten aus Entwicklungsländern.

Ausgewählte Projektbeispiele

Afrikanische Parlamente vernetzt gegen Armut

Informationsaustausch, voneinander Lernen und die Stärkung der Kapazitäten von ParlamentarierInnen zur Ausübung ihrer demokratischen Funktionen sind die Ziele, denen sich das *African Parliamentary Poverty Reduction Network* (APRN) verschrieben hat. Das Netzwerk wurde 2003 auf Initiative afrikanischer ParlamentarierInnen gegründet und umfasst mittlerweile 15 afrikanische Staaten, darunter die OEZA-Schwerpunktländer Uganda und Burkina Faso. In Trainings in den einzelnen Ländern, im 2008 eingerichteten *Learning Centre* in Ghana oder mittels Online-Kursen erhalten die ParlamentarierInnen die notwendigen Kenntnisse für die Mitgestaltung von Politiken, die Überwachung der Umsetzung von Armutsminderungsstrategien, die Mitgestaltung und Kontrolle von Budgetprozessen sowie die Verwendung der öffentlichen Ausgaben und Geschlechtergleichstellung. Dafür werden Lernmaterialien und Handbücher ausgearbeitet und zur Verfügung gestellt. Mit dem erworbenen Know-how können die ParlamentarierInnen die Interessen armer

Bevölkerungsgruppen besser vertreten sowie zu höherer Transparenz und Effektivität in der Regierungsführung beitragen.

Die Förderung der Teilnahme von Abgeordneten an regionalen Konferenzen stärkt den länderübergreifenden Dialog und Zusammenarbeit und trägt zur Vernetzung der Parlamente und Parlamentsausschüsse bei. Weiters gefördert wird der Austausch mit der Zivilgesellschaft und mit Forschungseinrichtungen. Das Projekt wird vom kanadischen *Parliamentary Center* durchgeführt und von einem jährlich zusammentretenden Exekutivkomitee gesteuert. Die OEZA unterstützt das Netzwerk seit 2006 (2387-00/2006 und 2387-00/2010, *African Poverty Reduction Network Initiative (APRN)*, *Canadian Parliamentary Centre*, 01/2006–12/2009 und 01/2010–12/2011, 2.195.600 Euro).

Förderung von Parlamenten im SADC-Raum

Als zuständiges Organ für die Prüfung des nationalen Budgets spielen Parlamente in Entwicklungsländern auch eine wichtige Rolle bei der Abwicklung der Gebergelder. Gerade in Sub-Sahara-Afrika fehlen dafür jedoch häufig die Kapazitäten. Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit unterstützt daher die Kapazitätsentwicklung der Parlamente der Mitgliedsstaaten der Southern African Development Community (SADC). In regionalen Seminaren und spezifischen Workshops lernen die ParlamentarierInnen zu bewerten und zu kontrollieren, inwieweit Gebermittel für sozial gerechte und armutsmindernde Zwecke verwendet werden. Informationsmaterialien über Good Practices helfen dabei. Darauf aufbauend arbeiten die Abgeordneten einen Aktionsplan zur effektiven Budgetkontrolle aus und überwachen und überprüfen dessen Umsetzung. Gefördert wird außerdem der regelmäßige Austausch zwischen ParlamentarierInnen und zivilgesellschaftlichen Organisationen, die ebenfalls eine wichtige demokratische Kontrollfunktion haben. In einer Fallstudie über die mosambikanische Provinz Sofala werden Möglichkeiten der Kooperation ermittelt. Darüber hinaus erhalten die ParlamentarierInnen Informationsmaterialien und wird ein Leitfaden als Anleitung zur Umsetzung erarbeitet. Die Maßnahmen werden von AWEPA (Association of European Parliamentarians with Africa) in enger Kooperation mit dem SADC-Sekretariat, dem Parlamentarischen Forum der SADC, dem Pan-Afrikanischen Parlament und einer Plattform von NRO aus der SADC-Region (SADC Council of NGOs, SADC-CNGO) umgesetzt (2422-00/2006 und 2422-00/2009, Förderung von Parlamenten zu EZA-Kooperationsmodalitäten im SADC-Raum, Association of European Parliamentarians with Africa – AWEPA, 01/2006–12/2008 und 07/2009–08/2011, 1.900.000 Euro).

ParlamentarierInnen im Nord-Süd-Dialog

Die Arbeit von Parlamenten in Entwicklungsländern leidet häufig unter Defiziten im Gesetzgebungsverfahren, mangelnden Möglichkeiten zur Kontrolle der Regierung oder schlechter technische Ausstattung. Auch das Parlament von Mosambik ist mit diesen Herausforderungen konfrontiert. Die OEZA unterstützt daher den Aufbau der Kapazitäten der mosambikanischen Abgeordneten, damit diese ihre demokratischen Aufgaben effektiver wahrnehmen können. Dafür wird technische Ausstattung vor allem im IT-Bereich zur Verfügung gestellt und das nötige Know-how für die Anwendung der neuen Technologien vermittelt. In speziellen Schulungen lernen die ParlamentarierInnen außerdem, Gesetze unter dem Einsatz neuer Informations- und Kommunikationstechnologien (E-Law) auszuarbeiten; zudem erhalten sie das Handwerk für professionelle Öffentlichkeitsarbeit. Der Dialog mit dem österreichischen Nationalrat ermöglicht Einsichten in die Arbeitsweisen verschiedener österreichischer Parlamentsausschüsse und vertieft die entwicklungspolitischen Kompetenzen der österreichischen KollegInnen. Dadurch soll ihr Engagement für entwicklungspolitische Belange erhöht werden. Regelmäßige Informationen via Newsletter oder die Projektwebsite sowie Veranstaltungen der Sektion der *Association of European Parliamentarians with Africa* (AWEPA) im österreichischen Parlament tragen dazu ebenso bei wie persönliche Gespräche (2411-00/2006, 2411-01/2008 und 2411-02/2010, Parlamente als Akteure wirksamer Entwicklungszusammenarbeit, Gemeinnützige Entwicklungszusammenarbeit GmbH – GEZA, 05/2006 – 06/2008, 07/2008–06/2010 und 08/2010–07/2013, 1.052.500 Euro).

Beratung und institutioneller Aufbau des montenegrinischen Parlaments

In Montenegro als relativ jungem Staat ist die Stärkung des Parlamentarismus im Sinne guter Regierungsführung und Demokratie wesentlich für die rechtsstaatliche Weiterentwicklung und

die Integration in europäische Strukturen. Auf Anfrage des montenegrinischen Parlaments und auf Vorschlag der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit für Europa (OSZE) in Montenegro wird daher das montenegrinische Parlament durch lokale und internationale ExpertInnen inhaltlich, fachlich und institutionell bei der Bildung und Effektivitätssteigerung parlamentarischer Ausschüsse beraten.

Neben Trainings, Seminaren, Gastvorträgen und Studienreisen bestehen enge Kooperationen mit Parlamenten anderer europäischer Staaten wie etwa Österreich oder der Slowakei. *Best practice*-Modelle, insbesondere aus europäischen Staaten ähnlicher Größe und mit historischer Erfahrung dienen als Orientierung. Unterstützt werden insbesondere die parlamentarischen Fachausschüsse für Sicherheit und Verteidigung, internationale Beziehungen und Europäische Integration, Wirtschaft, Finanzen und Budget, Menschenrechte, Tourismus, Landwirtschaft, Umweltschutz und Stadtplanung, Bildung, Wissenschaft, Kultur und Sport. Der Inhalt der Trainings richtet sich nach den Bedürfnissen der einzelnen Ausschüsse. Allgemeines Ziel ist es, ein effektives, professionelles, transparentes und für die Öffentlichkeit ansprechbares Parlament bzw. parlamentarische Ausschüsse aufzubauen und die Kontrollfunktion des Parlaments zu stärken. Den Ausschussmitgliedern wird zudem das erforderliches Know-how für den Umgang mit komplexen Rechtsmaterien und den Anforderungen des europäischen Integrationsprozesses vermittelt (8145-00/2007, Fachliche Beratung und institutioneller Aufbau für Ausschüsse des montenegrinischen Parlaments, Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit für Europa (Sekretariat), 04/2007–06/2011, 620.000 Euro).



Weiterführende Informationen zum Thema

OEZA

Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten (BMeiA) 2010, *Dreijahresprogramm der österreichischen Entwicklungspolitik 2010–2012*, Wien: BMeiA, http://www.entwicklung.at/uploads/media/3JP_2010-2012.pdf (Zugriff: 1.4.2011).

BMeiA / ADA 2006 (Neuaufgabe 2010), *Good Governance – Leitlinien der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit*, Wien: BMeiA, http://www.entwicklung.at/uploads/media/Good_Governance_19032010_Web.pdf (Zugriff: 1.4.2011).

BMeiA / ADA 2006 (Neuaufgabe 2009), *Menschenrechte – Leitlinien der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit*, Wien: BMeiA, http://www.entwicklung.at/uploads/media/LL_Menschenrechte_Juli_2009_Web.pdf (1.4.2011).

ADA / Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte (BIM) 2010, *Handbuch Menschenrechte – Anleitung zur Umsetzung des Menschenrechtsansatzes in der OEZA*, http://www.entwicklung.at/uploads/media/HB_Menschenrechte_Juli2010.pdf (Zugriff: 1.4.2011).

Bilaterale Geber

DFID 2007, *Governance, Development and Democratic Politics: DFID's work in building more effective states*, London: DFID, http://www.initiativeforpeacebuilding.eu/resources/Governance_Development_and_democratic_politics_DFID.pdf (Zugriff: 1.4.2011)

Hudson, Wren 2007, *Parliamentary Strengthening in Developing Countries: Final report for DFID*, London: ODI, <http://www.odi.org.uk/resources/download/103.pdf> (Zugriff: 1.4.2011)

DFID 2004, *Helping Parliaments and Legislative Assemblies to Work for the Poor – Guidelines*, London: DFID, <http://www.agora-parl.org/sites/default/files/DFID%20-%20Helping%20Parliaments%20and%20Legislative%20Assemblies%20to%20work%20for%20the%20Poor.pdf> (Zugriff: 1.4.2011).

Norad 2010, *Support to legislatures*, Oslo: Norad, <http://www.norad.no/en/attachment/160865/binary/94221?download=true> (Zugriff: 1.4.2011).

Power, Greg 2008, *Donor support to parliamentarians and political parties: An analysis for DANIDA*, London: Global Partners and Associates, <http://www.um.dk/NR/rdonlyres/000AF191-7B72-4789-AF0F-A1A6933D7A8C/0/DanidaReportSupporttoParliamentsandParties.pdf> (Zugriff: 1.4.2011).

SIDA 2006, *Parliamentary Strengthening: Position Paper – Revision 060529*, Division for Democratic Governance, Stockholm: SIDA, [http://www.agora-parl.org/sites/default/files/Parliamentary%20Strengthening-%20Position%20Paper%20\(Rv%202006\).pdf](http://www.agora-parl.org/sites/default/files/Parliamentary%20Strengthening-%20Position%20Paper%20(Rv%202006).pdf) (Zugriff: 1.4.2011)

GTZ, Parliamentary Centre 2005, *PRSPs in Africa: Parliaments and Economic Policy Performance*, Eschborn: GTZ, http://www.parlcent.ca/africa/papers/GTZ%20Final%20Publication_EN.pdf (Zugriff: 1.4.2011)

Multilaterale Organisationen

European Commission 2010, *Engaging and Supporting Parliaments Worldwide: Strategies and methodologies for EC action in support to parliaments*, Brussels: European Commission, http://ec.europa.eu/europeaid/what/governance/documents/engaging_and_supporting_parliaments_en.pdf (Zugriff: 1.4.2011)

UNDP 2010, *Benchmarks and Self-Assessment Frameworks for Democratic Legislatures*, New York: UNDP, <http://content.undp.org/go/cms-service/download/publication/?version=live&id=2688513> (Zugriff: 1.4.2011)

UNDP 2010, *Parliamentary Engagement with the Millennium Development Goals: A Manual for Use in Parliaments*, New York: UNDP, http://www.endpoverty2015.org/files/MC_web_version_HighRes.pdf (Zugriff: 1.4.2011)

UNDP 2009, *Parliamentary Development – UNDP Strategy Note*, New York: UNDP, [http://www.agora-parl.org/sites/default/files/UNDP%20PD%20Strategy%20Note%20\(May%202009\).pdf](http://www.agora-parl.org/sites/default/files/UNDP%20PD%20Strategy%20Note%20(May%202009).pdf) (Zugriff: 1.4.2011)

UNDP 2004, *Strengthening Parliamentary Involvement in the Poverty Reduction Strategy Process and the Millennium Development Goals*, New York: UNDP, <http://www.agora-parl.org/fr/node/2550> (Zugriff: 1.4.2011)

World Bank, *Parliaments Website*: <http://go.worldbank.org/BUTNWF7EY0>

World Bank Institute 2006, *Orientation Handbook for Members of Parliaments*, Washington D.C.: World Bank Institute, <http://siteresources.worldbank.org/PSGLP/Resources/HandbookforMembersofParliaments.pdf> (Zugriff: 1.4.2011)

World Bank Institute 2005, *Parliaments as Peacebuilders: The Role of Parliamentarians in Conflict-Affected Countries*, Washington D.C.: World Bank Institute, <http://www.agora-parl.org/sites/default/files/WB%20-%20Parliaments%20as%20Peacebuilders:%20Parliaments%20in%20Conflict-Affected%20Countries%20-%20Jul%202005%20-EN%20-%20PDP.pdf> (Zugriff: 1.4.2011)

Organisationen/Vereinigungen und NRO

Portal for Parliamentary Strengthening: <http://www.agora-parl.org/>

International Institute for Democracy and Electoral Assistance (IDEA): www.idea.int

National Democratic Institute (NDI): <http://www.ndi.org/>

International Republican Institute (IRI): <http://www.iri.org/>

International Knowledge Network for Women in Politics: <http://www.iknowpolitics.org/>

Parliamentary Forum on Small Arms and Light Weapons: www.parliamentaryforum.org

Parliamentary Centre of Canada: www.parlcent.ca

Österreichisches Nord Süd Institut: ParlamentarierInnen im Nord Süd Dialog: www.nordsued-dialog.org

Parlamentarische Netzwerke

Parliamentarians for Global Action: www.pgaction.org

Global Organisation of Parliamentarians against Corruption (GOPAC): http://www.gopacnetwork.org/main_en.htm

Association of European Parliamentarians with Africa (AWEPA): <http://www.awepa.org/>

Commonwealth Parliamentary Assembly (CPA): <http://www.cpahq.org/cpahq/mem/default.aspx>

Westminster Foundation for Democracy (WFD): http://www.wfd.org/pages/home.aspx?i_PageID=1811

Parliamentary Network of the World Bank (PNWB): <http://www.pnowb.org/>

Parliaments Network for Conflict Prevention: <http://www.parliamentariansforconflictprevention.net/>

Inter-Parliamentary Union (IPU): www.ipu.org

African Parliamentary Union (APU): http://www.african-pu.org/index_english.html

Pan-African Parliament (PAP): <http://www.pan-africanparliament.org/>

Southern African Development Community (SADC) Parliamentary Forum: <http://www.sadcpf.org/>

Parliamentary Confederation of the Americas (COPA): <http://www.copa.qc.ca/eng/index.html>

Inter-Parliamentary Forum of the Americas (FIPA): http://www.e-fipa.org/news_en.htm